

Sonntag den 27. September 1915

Sächsische Volkszeitung

Die Neubildung des Reichskabinetts

Berlin, 26. September. Dem "V. L." zufolge muß die Entscheidung über den Eintritt der Demokraten heute oder morgen fallen, da die Frage bei der am Sonnabend stattfindenden Fraktionssitzung bereits geklärt sein soll. Außer drei Ministerposten würde die Fraktion dem "V. L." zufolge auch Anspruch darauf erheben, die Stelle des Vizekanzlers zu besetzen. Als zünftige Minister kommen dem "Volksanzeiger" zufolge Schiffer, Dernburg und Hall in Frage, und zwar soll Hall das Reichsjustizministerium erhalten.

Über Veränderungen in der Reichsregierung läuft die "Doss. Blg." mittleren zu können, daß die Aufzubesetzung des freierwerbenden Reichsministeriums des Innern aller Wahrscheinlichkeit nach die Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung auf mich werde. Für das Reichsministerium des Innern scheint ziemlich bestimmt der Hanauer Senator Petersen in Aussicht genommen zu sein. Das ist immer unbekünte Reichsjustizministerium würde für den Fall des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung Herr Schiffer ernennen.

Neuwahlen?

Berlin, 27. September. Zu einer Nachricht aus parlamentarischen Kreisen, wonach die Neuwahlen zum Reichstag schon für Ende Oktober in Aussicht genommen seien, erschließt die Deutsche Allg. Blg., daß das Reichskabinett bisher keine Veranlassung gehabt habe, sich mit dieser Frage zu befassen. Hierauf scheint die Nachricht nicht begründet zu sein.

Aus den Ausschusseratungen

Berlin, 26. September. Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung hat heute den Haushalt des Reichspräsidenten einstimmig in der Form genehmigt, daß das Gehalt auf 100 000 Mark und die Geleitansagen auf rund 600 000 M. gegen 704 000 M. im Voranschlag erhöht wurden. Darin sind einbehalten 100 000 M. zur freien Disposition des Präsidenten, über die Rechnung zu legen ist. Das Bureau des Präsidenten umfaßt einen Leiter des Bureaus und arbeitet der geforderten drei verschiedenen Räte drei Referenten.

Berlin, 26. September. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung erklärte bei der Beratung des Haushalt der Reichsjustizverwaltung ein Regierungskreisvertreter, daß eine allgemeine Umstellung in Aussicht steht, vielleicht beim endgültigen Friedensschluß.

Berlin, 26. September. Da die Sozialdemokraten ihren Antrag auf Berichtigung der Veratung des Umstabensteuererleichterung zurückgezogen haben, hat der Ausschuss der Nationalversammlung heute mit der Veratung bezonnen. Reichsfinanzminister Erzberger hält am Grundsatz der starken Belastung des Besitzes fest und erklärte, daß Gesetz sofern möglichst sozial gestaltet und der Leistungsfähigkeit des einzelnen angepaßt werden, andernfalls man zur rohesten Form der indirekten Steuern zurückkehren müsse. Die Aufwandsteuer sei nötig, die mögliche Verwendung zu hemmen, wenn wir keinen Erfolg für die Lungensteuer bieten. Nach Erfahrungen der letzten Zeit, besonders bezüglich der Preissteigerung des Hauses und Lebens, könne die Wirtschaft im Augenblick noch nicht gelockert werden. Die augenblickliche Ausfuhr der Waren sei bei dem gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaft ein Verschwendet. Man müsse die deutschen Preise den Weltmarktpreisen anpassen. Nach längerer Ausprache, in der über die außerordentliche Verwickeltheit des Geschehens gesprochen wurde, beschloß man die Einführung eines Unterabschlusses.

Aus dem Reichsrat

Berlin, 26. September. Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet: Im Reichsrat tagte heute nachmittag der Reichsrat in öffentlicher Sitzung. Der Finanzminister Erzberger eröffnete die Sitzung um 5½ Uhr. Zur Beratung einer Gesetzesordnung des Reichsrates wurde ein Ausschuss gebildet. Den Mitgliedern des Reichsrates wird aber zunächst ein Vorentscheid der Geschäftsaufteilung zugewiesen. Es folgten müßige Berichte. Am Ende der Beratung verhandelte der Reichsrat über den Bechluss des bayerischen Vertreters auf Einsehung eines Untersuchungs- und Überwachungsausschusses von Mitgliedern des Reichsrates und der Nationalversammlung oder der späteren Reichstage für die Kriegsgesellschaften. Im Bericht führte der sächsische Vertreter Graf Solmsdorff aus, daß der bayerische Antrag in völliger Übereinstimmung mit der sächsischen Regierung gestellt worden sei. Er entspräche einer Forderung weitester Volkskreise und würde vernünftig auch einer größeren Menge von Kriegsgesellschaften nicht unerwünscht sein, die auf das Vertrauen der Deutschen Welt legten und die bereits durch Treuhänder eine Prüfung ihrer Geschäftstätigkeit veranlaßt hätten. Der Ausschuss würde sich allerdings noch nicht gleich mit den beständig angegriffenen Viehhändlernverbänden befassen können, da für diese die einzestaatlichen Verwaltungen zuständig seien. Der Reichsfinanzminister Erzberger gab die Versicherung, daß die Reichsregierung den Bechluss erledigen unterlassen werde. Der bayerische Vertreter erklärte das Vorgehen Bayerns aus dem Wunsche, über die Sünden, wie über die Verdienste der Kriegsgesellschaften Arbeit zu lassen, um das Misstrauen des Volkes zu beseitigen. Der Bechluss wurde einstimmig angenommen. Der Reichsfinanzminister sagte nochmals ausdrücklich rasche Arbeit in der Förderung der Absichten des Beblusses zu. Danach tagte der Reichsrat in nichtöffentlicher Sitzung weiter. Die nächste öffentliche Sitzung findet am Sonnabend den 27. d. Mts., abends 7 Uhr, statt.

Das Anschwellen der Streikbewegung

Berlin, 26. September. Dem Verband der Metallarbeiter wird der "Nationalzeitung" folgendes mitgeteilt: Die Zahl der Streikenden erhöht sich ständig. Die Zahl der Betriebe, die sich bereit erklärt, am Streik teilzunehmen, hat sich auf 115 erhöht. Die Zahl der tatsächlich betroffenen Betriebe beträgt heute schon 65. Die Zahl der Streikenden ist von 18 000 auf 24 000 angewachsen und die der ausgesperrten Arbeiter hat sich auf 66 000 erhöht, so daß heute rund 99 000 Arbeiter im Kampfe stehen. Unter den Streikenden befinden sich aber nicht nur Metallarbeiter, sondern auch Transportarbeiter, Fabrikarbeiter und vor allem Heizer und Maschinisten. Besonders die Heizer und Maschinisten sind nach den Mitteilungen des Metallarbeiterverbandes sehr schwer zu halten. Ihre Streiklust soll so groß sein, daß man mit einer Sperrung der Kraft- und Lichtzentrale Berlins und damit mit einer allgemeinen Arbeitsruhe in Berlin rechnen kann. Ein Streik sämtlicher Heizer und Maschinisten könnte schon in den nächsten Tagen in Berlin erwartet werden.

Berlin, 26. September. Nach einer Meldung der "D. B. am Mittag" sind in Elberfeld, Wermelskirchen und anderen Orten des Wuppertales die Transportarbeiter in den Ausstand getreten. Die vom Reichscommissionär Seevering eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil der Deutsche Transportarbeiterverband die Ausschaltung des christlichen Verbandes forderte. Seevering lehnte diese Forderung ab und legte sein Amt als Schiedsmann nieder. Die christlich organisierten Arbeiter haben sich dem Streik nicht angeschlossen.

Lübeck, 26. Sept. Den Anhängern des Seemannsbundes gelang es in den letzten Tagen, den Hafenbetrieb vollständig lahm zu legen, indem sie mit Gewalt auf die ankommenden Schiffe drangen und die Mannschaften zum Arbeitsniederlegen zwangen. Dabei kam es zu schweren Gewalttäterschaften. Die Anhänger des deutschen Seemannsbundes sperren eine Kette quer über den Hafen, um jeden Schiffsvorleiter unmöglich zu machen.

Der Berl. Lokalanziger meldet zum Streik an das Wasseramt aus Hamburg: Zahlreiche Seemannsverbände richten an die Seelente aller Chargen einen dringenden Auftrag, die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus England nicht zu hindern. Man hofft, alle nach England bestimmten Schiffe abheben lassen zu können.

Stettin, 26. September. Der Streik der Gasarbeiter dauert an. Da die technische Not hilfe in Stettin noch nicht ausgebaut ist, hat die technische Abteilung des Reichswehrgruppenkommandos aus Berlin eingegriffen und wird die dringendsten Rostlandarbeiten ausführen, um eine Katastrophen zu vermeiden.

Kommunistenpläne
Dem "Berl. Lokalanz." wird von der Sektion der Diga in Halle zum Schutz der deutschen Kultur ein geheimes Rundschreiben der kommunistischen Partei Deutschlands mitgeteilt, in dem auf die Verbreitung photographischer Abbildungen unbedeckter Persönlichkeiten durch die KPD hingewiesen und die genaue Bestellung der Stärke der in jedem Bezirk vorhandenen militärischen Verbände und Einwohnerwehren nebst Bemerkungen über Führerpersönlichkeiten gefordert werden. Ebenfalls wird die Notwendigkeit der Bearbeitung der heimkehrenden Kriegsgefangenen in den Durchgangslagern im Parteiinteresse betont. In einem im gleichen Blatte angeführten Geheimschreiben des Berliner Kommunistischen Buros heißt es über die Aufgaben der Kampftruppen klassenbewußter Arbeiter: Alle Kampferprobten Soldaten und jüngeren volleistungsfähigen Mitglieder der KPD sind als Stoctruppen zusammenzustellen. Diese Truppen übernehmen die Besetzung aller wichtigen Verkehrspunkte. Außerdem werden Reservestoctruppen gebildet, die an gefährlichen Stellen zur Verfügung bereitstehen.

Kriegsgefangenenheimkehr

Berlin, 26. September. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die japanische Regierung hat gemäß einer Entscheidung der Pariser Konferenz den Vorschlag gemacht, die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zu entlassen ohne die Ankunft einer mit dem Abtransport beauftragten deutschen Kommission abzuwarten. Die Bereitwilligkeit der schweizerischen Bevölkerung in Tolto, sich alles Erforderlichen anzunehmen, läßt eine glatte Abwicklung des Abtransports erhoffen. Es besteht die Hoffnung, daß der Dampfer "Moon", der die Gefangenen der Niederländisch-Indien ausgelieferten deutschen Schiffe abholen soll, gleichzeitig die in Ahmednagar in Britisch-Indien befindlichen Deutschen mitbringt, sobald Platz vorhanden ist.

Berlin, 26. September. Das Kriegsministerium teilt mit: Gestern ist aus englischer Gefangenschaft folgende Anzahl von Kriegsgefangenen angekommen: In Köln-Dellbrück 1244 Mann, nach Altengrabe 1158, nach Bitton 1213, nach Bremen 1107, nach Delplat 1112, nach Tannenberg 123.

Seidenstoffe

Größtes Samt- und Seidenlager in Sachsen

Julius Zschucke

Spezialität: Braut- und Hochzeitskleider

Muster nach genauer Angabe zu Diensten.

Dresden - A., An der Kreuzkirche 2

heim, 1189 nach Bodenstedt; in Düsseldorf aus englischer Gefangenschaft 1848 nach Westdeide; in Limburg aus amerikanischer Gefangenschaft 1145 nach Heuberg, 1102 nach Roskilde. In der Zeit vom 20. bis 23. September sind 107 Männer in Limburg angekommen, die aus der Kriegsgefangenschaft entflohen waren.

Die deutschen Truppen im Baltikum

Berlin, 26. September. Die angekündigten verschärfsten Maßnahmen der Regierung gegen die Truppen, die sich noch dem Abtransport aus dem Baltikum und Litauen widersehn, sollen, wie "D. B." erfahren hat, schon am 1. Oktober in Kraft treten.

Berlin, 26. September. Der Chef der verbündeten Militärförderung im Baltikum Brigadegeneral Burk hat angeklagt, die Widerstandes der deutschen Truppen aus dem besetzten Gebiete im Baltikum zurückzuführen, an den kommandierenden General Grafen v. d. Goltz ein Schreiben gerichtet, in dem er die deutsche Führung für den Stand der Dinge verantwortlich macht und an den Grafen die empörende Forderung stellt, so bald wie möglich eine Liste derjenigen Leute einzuliefern, die sich selbst außerhalb des Gesetzes gestellt hätten. Daraufhin habe Graf v. d. Goltz erwidert, daß er in dieser Summung eine schwere Bekleidung seiner Person und des deutschen Nationalgefühls erblickt. Er würde gezwungen sein, jeden Verkehr mit dem englischen General abzubrechen, und jeden Engländer im noch von deutschen Truppen besetzten Gebiete anzusegnen, wenn sich eine devotige Summung wiedergeholt, da die Sicherheit der feindlichen Missionen, die den deutschen Nationalstolz absichtlich und schroff verleugnen, nicht gewährleistet werden könnte. Das Antwortschreiben schließt mit den Worten: Ich werde Ihnen Schreiben meiner Regierung verlegen und bin überzeugt, daß diese Ihre Antwort durch den Minister des Auswärtigen die würdige Antwort geben wird auf dieses schimpflische Ansehen, das eine verbündete Kommission einem deutschen General im Auslande stellen zu dürfen glaubt.

Deutschamerikanische Hilfsaktion

Bern, 26. September. Die "Presse-Information" meldet aus Washington, daß die Sammlung der Deutschamerikaner zur Unterstützung der notleidenden deutschen Bevölkerung einen großen Erfolg gezeigt habe. Bisher sind durch freiwillige Spenden über eine Million Dollars zusammengekommen, für die Lebensmittel nach Deutschland gesandt werden. Gegenwärtig gehen jede Woche 8000 Postpakete nach Deutschland ab.

Berlin, 26. September. Wie der hierige Verleger des "Chicagoer Abendpost" erfährt, haben die Deutschamerikaner vor kurzem in San Francisco einen Hilfsverein gegründet, in dem die Frauen eifrig an der Herstellung einer großen Menge von Kinderkleidern arbeiten, um Kaufenden von armen Kindern in Deutschland eine Weihnachtsgeschenk zu bereiten. Es werden aber auch Kleidung für Erwachsene und vor allem Nahrungsmittel, wie Schinken und Käse, Bohnen, kondensierte Milch, Kaffee usw., gesammelt, die in größerem Umfang nach Deutschland geschickt werden sollen.

Clemenceau über den Friedensbeginn

Paris, 26. September. In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer wandte sich in der Aussprache über die Ratifizierung Ministerpräsident Clemenceau gegen den Vortrag, der ihm am Tage vorher gemacht wurde, die Debatte über den Friedensvertrag verzögert zu haben. Man habe gesagt, durch den Krieg sei eine Revolution eröffnet worden. Er stimmte dem zu. Der Friedensvertrag habe selbst Völker befreit, die sich nicht geschlagen hätten, eine Reihe kleinerer Staaten begründet, sogar die niedergedrückten Orientvölker befreit und die internationale Arbeitsergebnisse sichergestellt. Man soll nicht Einzelheiten kritisieren.

Vor etwa zehn Jahren habe er in Karlsbad einen bedeutenden englischen Staatsmann getroffen, der ihn gefragt hätte, ob die Franzosen nicht durch ihre Rambachgedanken eines Tages einen Krieg herbeiführen würden. Er habe den Versuch gemacht, diesen Staatsmann vom Gegenteil zu überzeugen, und als der Krieg ausgebrochen war, habe dieser Staatsmann erklart, daß er recht gehabt habe, daß nämlich Deutschland der Urheber des Kreuels gewesen sei, was über die Welt gekommen sei.

Man habe vor einigen Tagen behauptet, daß man früher Vereinbarungen geschlossen hätte, die den Einfuhr Englands in den Krieg automatisch sichergestellt hätten. Er wolle nun heute den Beweis liefern, wie weit entfernt England von den Gedanken gewesen sei, die Frankreich sehr schädlichen zu haben. Clemenceau verliest den bekannten Brief Sir Edward Grey an den englischen Botschafter in Paris vom 22. November 1912. Außer diesem Brief und seinem Inhalt habe keine andere Abmachung bestanden. Am 1. August 1914 habe der König von England erklart, daß sein Land nicht geneigt sei, in den Krieg einzutreten. Drei Tage später, als die Deutschen in Belgien eingebrochen seien, habe sich die Lage geändert und englische Truppen seien in Calais gelandet worden. — Amerika habe Frankreich Dienste geleistet, die es nie vergessen könne. Amerika sei es gewesen, das in Paris den Völkerbund zum Siege geführt habe.

Wilson und der Völkerbund

Amsterdam, 26. September. Nach einer Meldung des Pressebüros Radio erklärte Wilson in einer in Cheyenne in Wyoming gehaltenen Rede, der Artikel 10 dürfe nicht aus dem Friedensvertrag befreit werden. Die vorgeschlagenen Vorbehalt zum Artikel 10 fören Abänderungen und der Verwerfung des Vertrages gleich. Die Freundschaftsbeziehungen zu China seien nichts weiter als blinder Korm derer, die den Friedensvertrag zu Fall zu bringen suchen.

Der Sonderberichterstatter der "Washingtoner Post"